

DISSIDENTEN

FRAKTION IM DRESNER STADTRAT

Dissidenten-Fraktion Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden

E-Mail: dissidenten-fraktion@dresden.de

Ersetzungsantrag zu A0279/21 von DIE LINKE
„Fahrpreiserhöhung stoppen!“

Antragsteller: DISSIDENTEN-Fraktion

Es wird beantragt, den ursprünglichen Antrag A0279/21 wie folgt zu ersetzen:

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister die Weisung, als Vertreter der Landeshauptstadt in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe folgenden Antrag einzubringen und auch nur diesem zuzustimmen:

1. Die Zweckverbandsversammlung lehnt eine Erhöhung der Fahrpreise zum 01.04.2022 ab.
2. Die Zweckverbandsversammlung beauftragt ihren Vorsitzenden, die Verstetigung der Sommer-Treueaktion (Gültigkeit von Abo-Zeitkarten im gesamten Verbundraum für zwei Personen) in der Zeit der/aller Schulferien in Sachsen und mindestens für die Jahre 2022/2023 zu prüfen und der Verbandsversammlung bis zum 31.03.2022 zur Umsetzung einen Vorschlag zu unterbreiten.
3. Die Zweckverbandsversammlung beauftragt den Geschäftsführer, die Kosten, Einnahmeerwartungen sowie modal-split-Verbesserungen einer verbundweiten Einführung eines Sozialtickets für Bedürftige nach dem Vorbild des Sozialtickets Dresden zu ermitteln und der

Verbandsversammlung bis zum 30.6. 2022 einen Vorschlag zu unterbreiten.

4. Die Zweckverbandsversammlung beauftragt ihren Vorsitzenden, sich bei der Staatsregierung für die Schaffung rechtlicher Grundlagen für eine weitere Finanzierungssäule des Öffentlichen Nahverkehrs wie etwa eine Nahverkehrsabgabe einzusetzen.

Begründung:

Zu 1: Sachsen befindet sich aktuell in einer schweren Phase der CORONA Pandemie (Vierte Welle). Weder die weitere Dauer noch die Folgen dieser epidemischen Notlage sind heute auch nur in Ansätzen erkennbar. Dies gilt insbesondere für den ÖPNV, da nicht absehbar ist, in welcher Weise sich das Kundenverhalten in/nach der Pandemie entwickeln wird.

In dieser Situation die Fahrpreise um ca. ~4,5% bzw. ~10% anzuheben, wäre ein schwerer Fehler, da es zum jetzigen Zeitpunkt das absolut falsche Zeichen an die Nutzenden des ÖPNVs wäre. Insbesondere, da verglichen mit anderen Verkehrsverbänden die Kund:innen im Gebiet des VVO sich bislang als ausgesprochen treu zu „ihrem ÖPNV“ gezeigt haben. Diese Treue - jetzt mitten in der Pandemie - mit einer Fahrpreiserhöhung zu ‚bestrafen‘, ist schlicht falsch.

Hinzu kommt, dass aktuell über die Bildung einer neuen Bundesregierung verhandelt wird. Es ist für den öffentlichen Nahverkehr momentan nicht absehbar, welche Veränderungen in den Förderkulissen und in der Gesetzgebung eintreten werden. Es ist daher heute auch nicht bewertbar, ob und in welcher Höhe Fahrpreiserhöhungen notwendig sein werden.

Gewichtiger ist jedoch, dass - je nach Ausgestaltung zukünftiger ‚Rettungsschirme‘ - Fahrpreiserhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt auch zu geringeren Ausgleichszahlungen seitens des Bundes führen könnten. Dies wäre z.B. der Fall, sollte ein zukünftiger Rettungsschirm die Differenz zwischen tatsächlichen Einnahmen und den Einnahmen vor der Pandemie übernehmen (analog zu 2020/2021). In diesem Fall hätte der Verkehrsverbund keinerlei Mehreinnahmen – würde aber die Last des Kundenschwunds tragen.

Daher muss man zunächst den Verlauf der nächsten Monate abwarten bis die Auswirkungen der Pandemie und die Pläne einer neuen Bundesregierung qualitativ und quantitativ abschätzbar sind. Und daher ist von jeglichen Fahrpreiserhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt abzusehen.

Zu 2. und 3.: Gerade wegen der momentan kritischen und unübersichtlichen Situation, sollten Mittel und Methoden jetzt untersucht werden, welche die Kundenbindung (in und nach der Pandemie) stärken und den ÖPNV sozial gerechter gestalten können. Zwei dieser möglichen Mittel und Methoden sollen mit den Beschlusspunkten 2. und 3. untersucht werden.

Zu 4.: Schließlich darf der Freistaat nicht aus seiner Verantwortung für Ausbau, Entwicklung und Betrieb des ÖPNVs entlassen werden. Daher appelliert Beschlusspunkt 4. an die Landesregierung, den gesetzlichen Rahmen dergestalt zu fassen, dass weitere Finanzierungssäulen für den Öffentlichen Nahverkehr geschaffen werden.